des Abg. Fritzsche hätten ihm bewiesen, daß die Arbeitgeber nicht einverstanden sind mit den Grundsätzen des kaiserlichen Erlasses. (Bewegung rechts. Oho, Pfui!) Redner versucht sodann, den Ordnungsparteien verschiedene Wahlstörungen zu imputiren. 1887 seien sogar Angehörige der sozialdemokratischen Partei geprügelt worden. Die „Schlepperei" bei den Wahlen hätten nur die gegnerischen Parteien erfunden. Es würde ihn nicht wundern, wenn neuerdings noch mehr bürgerliche Freiheiten genommen würden. Er könne nur mit den Worten schließen: „Wer Wind säet, wird Sturm ernten!" (Hört! Rechts: Eine hübsche Drohung!) Abg. Härtwig: Als vor wenigen Jahren Mordbuben in Amerika Bomben warfen, da rufteten sich diese Deutschen veranlaßt, im Namen der Menschlichkeit für die Mordbuben um Milde zu bitten. Im Namen der Menschlichkeit ersuche er auch die Herren auf der äußersten Linken, die übrigen Mitglieder des Hauses nicht weiter mit solchen Redensarten zu belästigen. Seit 10 Jahren habe man nichts anderes als Vorwürfe zu hören bekommen, die uns doch nicht überzeugen. Die Sozialdemokratie pflegt eine Weltanschauung, die sich mit der gesunden Vernunft absolut nicht vereinigen läßt. Dafür spricht u. A. der Satz, daß sich durch Beseitigung des Eigenthums alle Verbrechen erledigten. Es ist geradezu unfaßlich, wie ein Mensch mit Verstand Solches sagen kann. Nur eines sei zu bewundern und zugleich tief zu bedauern, daß es so viel unvernünftige Leute giebt, die blindlings solchen Worten folgen. Abg. Georgi schließt sich voll und ganz den Gründen des Abg. Opitz an, worin die volle Bethätigung des Vereinsgesetzes nicht zum Ausdruck kommen kann. Die Thätigkeit der Sozialdemokratie habe eine geordnete Regelung der Arbeiterinteressen auf Grund des Vereinsgesetzes unmöglich gemacht. (Sehr richtig!) Die Gründung der Vereine sei vielfach nur unter dem Deckmantel besserer Ziele erfolgt, in Wirklichkeit diene die fachgewerbliche Organisation lediglich sozialistischen Zwecken. Diese Thatsache sei genügend bekannt. Stolle habe u. A. behauptet, daß durch die kaiserlichen Erlasse nun auch die Staatsgewalt aufgefordert worden sei, sich der Arbeiter anzunehmen. Als ob der Staat sich nicht seit Jahren der Arbeiter angenommen hätte! Dies beweise zur Genüge unsere sozialpolitische Gesetzgebung. Es handle sich also nicht um ein völlig neues Gebiet, sondern um den Ausbau der betretenen Wege. Der Unterschied sei nur der, daß der kaiserliche Erlaß die Regelung der Arbeiterfrage auf dem Boden der heutigen Staatsordnung erstrebt, während jene Herren sie auf dem Boden der Revolution erkämpfen wollen. (Bebel: Nein.) Gerade die Arbeitgeber sind es, welche dringend wünschen, daß ein gutes Einvernehmen zwischen ihnen und den Arbeitern hergestellt und übermäßige Ausnutzung der Kräfte beseitigt werde. (Sehr richtig, Bravo!) Was die Wahlausschreitungen betrifft, die den Ordnungsparteien in den Mund gelegt werden, so könne er nur bemerken, daß gerade seitens der sozialdemokratischen Partei ein Terrorismus geübt worden ist, wie man ihn noch nie erlebt hat. Viele haben ihr Wahlrecht nicht ausgeübt, weil sie thatsächlich bedroht worden sind (Sozialdemokraten: Nicht wahr!) Da wollen wir ja nicht mehr reden von der Bedrohung der Wahlfreiheit durch die Ordnungsparteien (Bravo!) Es gelangte hierauf gegen 5 Stimmen ein Antrag auf Schluß der Debatte zur Annahme. — Zu Cap. 43 (Kreishauptmannschaften) nahm abermals Abg. Stolle das Wort und brachte die bekannten stadträthlichen Entscheidungen von Glauchau und Meerane nochmals zur Sprache. Abg. Streit weist überzeugend nach, daß gar kein Grund zu einer Beschwerde gegen die Kreishauptmannschaft Zwickau vorhanden gewesen sei. Bei Kap. 44 (Amtshauptmannschaften) tadelt der Abg. Stolle das Vorgehen einzelner Amtshauptleute gegen Wirthe, welche ihre Lokalitäten zu sozialdemokratischen Wählerversammlungen hergegeben haben. Man habe denselben daher öffentliche Tanzconcession verweigert. Er wundere sich nicht, wenn durch solche Maßregeln Erbitterung in den Massen erzeugt werde. Die betr. Amtshauptmannschaften hätten sich hier gewissermaßen ebenfalls eines Boycotts schuldig gemacht. Präsident Dr. Haberkorn ruft den Redner wegen dieses Ausdrucks zur Ordnung. Abg. Leithold stellt richtig, daß in Callnberg keine Wahlbeeinflussung vorgekommen sei, ebenso Abg. v. Polenz. Abg. Berger erzählt als Gegenbeispiel die Thatsache, daß im Bezirke Hartenstein Plakate angeschlagen worden seien des Inhalts: „Wählt Ihr Stolle nicht, so brennen wir Eure Häuser über den Kopf zusammen!" Ob das terrorisirend ist oder nicht, sei wohl kaum mehr zweifelhaft. Abg. Stolle führt dagegen einen räuberischen Straßenüberfall an, der gegen einen sozialdemokratischen Agitator unternommen worden sein soll. Dagegen sei nichts gethan, vielmehr das Verfahren eingestellt worden. Dr. Haberkorn: Wäre Grund zur Untersuchung vorhanden gewesen, hätten unsere Behörden sicher eingegriffen. Staatsminister v. Nostitz-Wallwitz konstatirt, daß Stolle selbst erklärt habe, für seine Anklagen, die er gegen die Amtshauptmannschaft Glauchau erhoben, keine Beweise zu haben. Abg. Ackermann: Stolle habe die Geduld und Nachsicht des Hauses derart in Anspruch genommen, daß man ihm nicht mehr länger zuhören könne. Wo kommen wir da hin? Mit allen seinen Beschwerden war es nichts. Die Abgeordneten saßen nicht hier, um unbegründete Beschwerden anzuhören. Er glaube, man habe nicht mehr nöthig, dem Abg. Stolle zu antworten. Die Kammer soll sich nicht dazu benutzen lassen, überflüssigen Wahlreden zuzuhören. Abg. Mehnert beweist, daß Alles, was von Stolle vorgebracht, von diesem aus den Wahljahren 1881, 84 und 87 hervorgeholt worden ist. Aus dem Jahre 1889 habe Stolle nicht einen Einwurf erheben können. Auch hier fänden die Worte des Herrn Ministers Dr. v. Abeken in der letzten Sonnabendsitzung vollste Anwendung. Abg. Geyer hält dem gegenüber, daß die Beschwerden von seinen Genossen gewissenhaft geprüft und wohl begründet erachtet worden seien, nur nicht von seiner Seite, die sich prinzipiell dagegen stelle. Abg. Ackermann bestätigt, daß er Alles, was die Regierung gegen die staatsgefährlichen Unternehmungen gethan, billige und der Regierung dafür nur dankbar sein könne. Damit ist die Debatte über die ersten drei Kapitel beendet, worauf dieselben einstimmig angenommen wurden. — Bei den übrigen Kapiteln tritt Abg. Wetzlich für höhere Einstellung des Kap. 35, insbesondere für Erhöhung der Mittel für die gewerblichen Zeichnen-, Fortbildungs- und Fachschulen ein. Abg. Philipp und Stolle wünschen eine Vermehrung der Lehrmittel an den Bauwerkeschulen, letzterer auch eine räumliche Erweiterung der Unterrichtsräume, die namentlich in Plauen sehr beschränkt sind. Abg. Mohns dankt für die Erhaltung der landwirthschaftlichen Schule in Annaberg. Abg. Köckel ersucht die Regierung, bei Bedarf an Remontepferden die eigene Landespferdezucht zu berücksichtigen. Minister v. Nostitz-Wallwitz stellt dies in Aussicht, sobald letztere in die Lage gekommen sein wird, solchen Anforderungen genügend zu entsprechen. Die Abgg. Köckert und Ahnert befürworten die Petition des Gutsbesitzers Schmidt in Lobichütz und Gen. um Regulirung der Elster in der Pegauer Pflege. Dieselbe wird der Regierung zur Kenntnißnahme überwiesen. Die Abgg. Schickert, v. Oehlschlägel und Uhlmann-Stollberg äußern einige Wünsche zu Kap. 52 hinsichtlich der Wege- und Wasserbauunterstützungen. Abg. v. Oehlschlägel vertritt ferner eine Petition der Vorstände der Berufsgenossenschaften um Zulassung ihrer Beamten zur Pensionskasse für landwirthschaftliche Beamte und Lehrer. Dieselbe wurde der Königl. Regierung zur Erwägung übergeben. Im Uebrigen fanden sämmtliche Postulate ihre Genehmigung nach der Regierungsvorlage.

— Beim Landtag ist eine Petition der Gemeinde Zschocken und Genossen eingegangen, den § 11 des Parochiallastengesetzes dahin abzuändern, daß die Rittergutsbesitzer zu den Schul- und Parochiallasten in allen denjenigen Gemeinden beizutragen haben, in denen ihre zum Rittergute gehörigen exemten Grundstücke gelegen sind. Die Mehrheit der Petitions-Deputation der ersten Kammer, für welche Bürgermeister Beutler Bericht erstattet, schlägt im Einverständniß mit der Regierung vor, die Petition auf sich beruhen zu lassen. Oberbürgermeister Kunze ist dagegen der Ansicht, die Petition als begründet der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen, und motivirt diesen seinen Antrag in einem 25 Seiten umfassenden schriftlichen Bericht.

— Ein neueres Gerücht bezeichnet den Geh. Finanzrath a. D. Jencke, z. Z. Leiter der Werke in Essen, als künftigen sächsischen Finanzminister und den derzeitigen Generaldirektor der Staatseisenbahnen Hoffmann als Nachfolger des in den Ruhestand tretenden wirkl. Geh. Rathes v. Thümmel. Auch im Ressort des Ministeriums des Innern sollen mehrere ältere Herren demnächst in den Ruhestand treten, darunter Herr Polizeipräsident Schwauß in Dresden, ferner die Geh. Räthe von Charpentier in Dresden, Gumprecht in Leipzig und Leonhardi in Zwickau. Man nennt uns auch noch einen anderen Namen, dessen Träger Inhaber eines der wichtigsten Verwaltungsposten ist.

— Das amtliche Ergebniß der Reichstagswahl in Leipzig-Stadt lautet wie folgt: Abgegeben 32,287 Stimmen, von denen 32,197 giltig und 90 ungiltig waren. Die absolute Mehrheit würde demnach mit 16,099 Stimmen erlangt worden sein. Es fielen auf Goetz 15,518, auf Bebel 12,921, auf Fritzsche 2571, auf Virchow 1033 und auf Meles 139 Stimmen. Zersplittert waren 15 Stimmen. In Anger-Crottendorf ist das Ergebniß der amtlichen Zusammenstellung folgendes: Von den 55,536 Stimmberechtigten wählten nur 49,356; 231 Stimmzettel waren ungiltig. Es erhielten: Geyer 30,127, Dr. Goetz 18,214, Eugen Richter 670 und Fritsch 62. Zersplittert hatten sich 51 Stimmen.

— Uebermorgen bereits soll sich der Pirnaer Wahlkreis in der Stichwahl entscheiden, ob er in dem nächsten Reichstag durch ein Mitglied der deutschen Reichspartei, Herrn Sägewerkbesitzer Grumbt, oder durch einen Deutschfreisinnigen, Herrn Rechtsanwalt Eysoldt, vertreten sein will. Mit einem Mehr von über 2000 Stimmen hatte am 20. Februar Herr Grumbt denselben Gegner, den er bereits einmal vor 3 Jahren besiegt hatte, geschlagen, und dem Wahlkreise waren die Mühen und Aufregungen einer Stichwahl erspart geblieben, wenn nicht die außerdem noch auf den Sozialdemokraten Wurm gefallenen Stimmen einen zweiten Wahlgang nöthig gemacht hätten. Es heißt jetzt für alle Anhänger der staatserhaltenden Parteien, seien es konservative, liberale oder fortschrittliche, Dasjenige nachzuholen, was am 20. Febr. versäumt wurde. Mann für Mann müssen sie auch im Pirnaer Wahlkreise an die Urne treten, dann ist ihnen ein glänzender Sieg gewiß. Eine lange Reihe von Jahren wurde im Pirnaischen Wahlkreise darüber geklagt, daß seine Vertretung im Reichstag immer wieder einem Advokaten anvertraut war: es gab ja der Juristen im Reichstage mehr als genug; die Wähler verlangten nach einem Mann, der im praktischen Leben stünde, der mit den Interessen der Landwirthschaft wie der Industrie und des Handels gründlich vertraut sei, die ja im Wahlkreise eine ganz andere Rolle spielen, als das Prozeßführen. Als daher voriges Mal aus der Mitte des Kreises Herr Sägewerkbesitzer Grumbt vorgeschlagen wurde, sagte man sich: hier ist der richtige Mann gefunden. Herr Grumbt ist im Wahlkreise selbst geboren, in Schmiedeberg; er hat hier klein angefangen und sich aus den bescheidensten Bedürfnissen heraus emporgearbeitet; er kennt die Bedürfnisse des Volkes nicht blos aus den Akten, sondern aus eigener Anschauung; er ist durch seinen Beruf mit den Verhältnissen der Industrie ebenso vertraut, wie er von der Lage der Landwirthschaft und den Bedürfnissen des Handels und der Schifffahrt unterrichtet ist. Herr Grumbt ist zudem als einer der humansten, wohlwollendsten Arbeitgeber bekannt, wie eine Anfrage bei seinen zahlreichen Arbeitern leicht bestätigen wird. Zungenfertigkeit ist ihm freilich nicht eigen; sein Beruf ist nicht der Art, daß er sie sich dabei mühelos hätte aneignen können. Darauf kommt es aber auch gar nicht an. Im Reichstag ist es durchaus nicht nöthig, daß jeder Abgeordnete ein paar Dutzend Mal auf die Tribüne steigt. In der Fraktion und in der Petitionskommission hat Herr Grumbt immer seinen Mann gestellt, und sein sachkundiger Rath ist hier immer hochgeschätzt worden. Die Wiederwahl des Herrn Grumbt erhält also dem Reichstag eine tüchtige Arbeitskraft. Die Wahl von Sozialdemokraten und ihren Bundesgenossen muß aber das Vertrauen der Geschäftswelt in die ruhige Entwickelung der Zukunft beeinträchtigen, und was das heißt, das braucht man einem so stark industriell entwickelten Wahlkreise wie der Pirnaer nicht erst zu sagen. Keine advokatorische Beredtsamkeit würde große Schaden abhalten, wenn das Erwerbsleben in's Stocken gerathe. Gerade die Arbeiter haben also alle Ursache, Herrn Grumbt ihre Stimme zu geben. Daß aber die Landwirthschaft gegen ihr eigenes Interesse handelt, wenn sie sich statt einem Kenner ihrer Bedürfnisse einem Deutschfreisinnigen anvertraute, das sagt die Feindschaft dieser Partei gegen die Landwirthschaft deutlich genug.

— Da die Wahl des bisherigen Abgeordneten Grumbt im Pirnaischen Wahlkreise so gut wie gesichert ist, so greifen die dasigen Freisinnigen in der letzten Stunde noch zu einem verzweifelten Mittel. Sie sprengen das lächerliche Gerücht aus: „Herr Grumbt werde vor der Wahl zurücktreten." Glaube man doch das dumme Zeug nicht! Herr Grumbt denkt gar nicht daran, zurückzutreten. Das darf er schon dem Gesetze nach gar nicht thun. Obiges Gerücht ist nichts als ein ganz ordinäres Wahlmanöver; es wird wohl keinen so einfältigen Wähler geben, der darauf hereinfällt.

— Im Löbauer Kreise mangeln dem Kartellkandidaten Hoffmann ca. 1000 Stimmen. Die fast einvierteljährige heftige Agitation des Privatoberlehrers Haupt von Leipzig mit allem Eifern, Anschuldigen, Versprechen billigeren Brotes, Anschaffung des Geschenkes der 40 Branntweinmillionen hat doch etwa 1000 Stimmen gegen die vorige Wahl dem Freisinn zugeführt, ein geringer Lohn für so viel Anstrengung. Dagegen hat die Sozialdemokratie 900 Stimmen gewonnen und damit die Stichwahl zwischen Hoffmann und Haupt nöthig gemacht. Die Vermehrung der 1000 Stimmen für den Freisinn ist 128 katholischen Wählern in Schirgiswalde mit zu verdanken und es erhebt sich, wie die „Lausz. Ztg." schreibt, allgemein lauter Unwille darüber, daß die Katholiken, denen ausnahmslos Wohlwollen gewidmet werde, den Gegnern sich angeschlossen haben. Sie werden geringen Segen aus ihrer Huldigung vor der Berliner Demokratie ernten!

— Die Stichwahlen im 22. (Auerbach ꝛc.) und 24. Wahlkreise (Plauen) sind gleichfalls auf den 28. d. festgesetzt worden. Nach der amtlichen Zählung hat im 23. Wahlkreis Oberstaatsanwalt Dr. Hartmann (kons.) 10,890, Cigarrenfabrikant Haden 8275 und Handelskammersekretär Nerbach 3504 Stimmen erhalten.

— Im 18. Reichstagswahlkreise (Zwickau, Werdau, Crimmitschau) ergab die amtliche Zusammenstellung folgendes Resultat: Von den 76,215 Stimmberechtigten haben 70,083 abgestimmt. 17,424 Stimmen erhielt Gastwirth Stolle (Sozialdem.), 11,707 Prof. Dr. Wippold (nat.-lib.), 1183 Ingenieur Fritzsch (Antisemit), 148 Prof. Hänel (Deutschfreisinn), 8 Stimmen waren zersplittert, 191 für ungiltig erklärt worden.

— Nach amtlicher Zusammenstellung wurden im 21. Wahlkreis (Annaberg ꝛc.) für Fabrikant Holzmann 8625, für Dr. Krause 5149 und für Former Goetz 3186 giltige Stimmen gezählt. Die Stichwahl zwischen Holzmann und Dr. Krause ist auf Sonnabend, den 1. März, festgesetzt worden.

— Das Resultat im 11. sächsischen Wahlbezirk (Oschatz-Grimma-Wurzen) ist nunmehr amtlich festgestellt. Es erhielten Dr. Giese 10,941, Buchheim (freis.) 6414, Parkan (soz.) 2566 Stimmen. Der Kandidat der Kartellparteien, Dr. Giese, ist somit mit 1931 Stimmen Mehrheit zum Reichstagsabgeordneten gewählt.

— Das Ministerium des Innern hat dem Brandversicherungsverein Preußischer Staatseisenbahnbeamter die nachgesuchte Konzession zur Annahme von Versicherungen innerhalb des Königreichs Sachsen ertheilt. Der Sitz der Geschäftsverwaltung des Vereins für Sachsen ist Leipzig.

— Seitens des Königl. Hausmarschallamtes sind zur Besichtigung des Gypsmodelles des Königl. Residenzschlosses im Exerzirhause am Zeughausplatz Eintrittskarten ausgeschrieben worden, und ist der Eintritt in das Palais nur gegen diese Karten gestattet.

— Die am vorigen Donnerstag wegen der Reichstagswahl verschobene Sitzung des hiesigen deutschen Sprachvereins findet morgen Donnerstag statt (Kleine Brüdergasse 11, 2), und zwar wird Herr Oberlehrer Dr. Sahr sprechen über „Götzer als Lehrer der deutschen Sprache." Außerdem werden wieder wie sonst, Mittheilungen aus der mundartlichen Literatur gemacht werden.

— In der vorgestrigen Versammlung des Gewerbevereins wurde zur Abwechselung anstatt der technischen Mittheilungen und des belehrenden oder unterhaltenden Vortrages eine poetische Gabe geboten. Der Bruder des Dichters Wilhelm Jordan, Herr Rezitator Wolfgang Arthur Jordan, trug frei aus dem Gedächtniß aus der Nibelungendichtung seines Bruders den Gesang vor, der die Jagd im Odenwald behandelt und Siegfrieds Tod schildert. Herr Arthur Jordan sprach mit Wärme und brachte die Alliterationsverse zu klarem Verständniß, so daß die Anwesenden den bilderreichen poetischen Schilderungen mit wachsender Theilnahme folgten. Er ähnelt hinsichtlich des Sprechens sehr seinem älteren Bruder, der vor Jahren hier im Hotel de Saxe als thatsächlicher Rhapsode auftrat, indem er seine eigene Dichtung öffentlich vortrug. Von seinen übrigen Dichtungen sei an das reizende Verskultspiel „Durch's Ohr", wie auf den geistvollen Roman „Die Sebalds" erinnert. Auch der gegenwärtige Vortragende fand vielen Beifall, den ihm auch seine weitere Recitation der Felix Dahn'schen Dichtung: „Die Wette von Marienburg" ꝛc eintrug.

— Der letzte Vortragsabend des Beamten-Vereins der sächsischen Staatseisenbahnen Bezirk Dresden verlief trotz der in letzter Stunde erfolgten Absage des Herrn Schuldirektor Geisell in Chemnitz, welcher über eine Sommerfahrt nach Venedig sprechen wollte, in angenehmster Weise. Herr Dr. Lion hier trat für den Behinderten freundlichst ein und hielt einen Vortrag über das deutsche Volkslied und einen auserwählten Vertreter desselben, den Dichter Martin Greif in München, dessen echt deutsches Denken und Fühlen — ebenso wie seine in meisterhafter Form geschriebenen Gedichte er zeichnete und vortrug. Der interessante Vortrag fand die lebhafteste Anerkennung. Eine darauf folgende Vorlesung über Skandinavien und Gesangsvorträge fanden ebenfalls verdienten Beifall.

— Vorgestern Abend fand im Saale des Hotels Stadt Petersburg eine sehr stark von Vertretern hiesiger dramatischer Vereine besuchte Versammlung statt, behufs der Berathungen über Begründung eines „Allgemeinen Vereins-Verbandes für Dresden und Umgegend" Die Vertreter der einzelnen Vereine waren, außer einem Herrn, dem Verband nicht prinzipiell entgegen, doch konnten sie noch keine bündige Beitrittserklärung geben, ohne erst die neuen Verbandsstatuten kennen zu lernen. Man verschritt daher zur Statutenberathung, und war dazu ein gedruckter Entwurf eingegangen. Die einzelnen Paragraphen veranlaßten wiederholte Debatten, sodaß die in ihrem Verlaufe für Vereinsmitglieder viel des Interessanten bietende Sitzung erst gegen 1 Uhr geschlossen werden konnte. Montag, den 3. März, findet im Saale des Hotel Stadt Petersburg in der Angelegenheit eine weitere Sitzung statt. Statuten, sowie alle Auskünfte sind durch H. Behringer, Schreibergasse 8, kostenfrei zu erhalten.

— Dieser Tage ist auch der Bericht über die Königl. Kunstgewerbeschule mit Kunstgewerbemuseum zu Dresden auf die Schuljahre 1887/89 erschienen. Die Königliche Kunstgewerbeschule bildet ihre Schüler durch tüchtige Lehrkräfte in gesonderten Klassen aus im architektonischen Kunstgewerbe, im Ornamentmodelliren, im figürlichen und kunstgewerblichen Modelliren, im Ziseliren, im Dekorationsmalen und Musterzeichnen, in der Porzellanmalerei, Lithographie und in Arbeiten für Buntdruck, in der Herstellung von Theaterdekorationen u. s. w. In einer besonderen Abtheilung ist vom Wintersemesterhalbjahre 1889/90 ab der Abendunterricht an der Schule zur Einführung gelangt. Derselbe gliedert sich in die gleichen 3 Hauptgruppen, welche für den Tagesunterricht festgesetzt sind und es wird dabei auf den Beruf des Schülers möglichste Rücksicht genommen. — Der Bestand der Büchersammlung der Bibliothek bezifferte sich am 1. Oktober v. J. auf 4538 Werke mit 7500 Bänden, die Vorbildersammlung enthält 67,525, die Ornamentstichsammlung 17,523 Stück. Das Regulativ der Königl. Kunstgewerbeschule kann von der Direktion kostenfrei bezogen werden.

— Aus der unter Verwaltung des Kultusministeriums stehenden Mende-Stiftung haben im Jahre 1889: 170,733 Mk. 20 Pf. verwendet und bez. vertheilt werden können. Die Jahresvermächtnisse, die Einkommensteuer und die statutengemäß zum Reservefonds, welcher Ende 1889 rund 99,000 Mk. betragen hat, zu leistenden Abgaben haben von obiger Summe 34,058 Mk. 20 Pfg., desgleichen die nach dem Testament der Stifterin für die Nekten von Beamten, Geistlichen und Lehrern bestimmten Unterstützungsbeträge weitere 30,000 Mk. absorbirt. Vom Rest entfallen 34,050 Mk. auf laufende Unterstützungen an Wittwen und nachgelassene Töchter aus gebildeten Ständen. Die Summe von 42,100 Mk. ist durch die Kreishauptmannschaften in besonderen Nothfällen an einzelne Personen vertheilt worden und der Rest von 30,225 Mk. ist verschiedenen gemeinnützigen Anstalten und Vereinen zu gute gegangen bez. sonst zu gemeinnützigen Zwecken verwendet worden, wovon 14,025 Mk. auf das Ressort des Ministeriums des Innern und 16,200 Mk. auf das Ressort des Kultusministeriums entfallen.

— Der Verein „evangelisch-lutherischer Gotteskasten im Königreich Sachsen" hielt vorgestern Vormittag in Meinhold's kleinem Saal seine Generalversammlung ab. Derselben ging Sonntag Abend 6 Uhr eine gottesdienstliche Jahresfeier in der Frauenkirche voraus, bei welcher Konsistorialrath Superintendent Frhr. v. d. Trenck aus Greiz die Festpredigt hielt und Diakonus Ahner aus Leipzig-Reudnitz die Berichte erstattete. Die gestrige Generalversammlung eröffnete der Vorsitzende P. emer. Dr. Zehme mit Gesang und Gebet, worauf sich derselbe, anknüpfend an das 12jährige Bestehen des Vereins, in einem einstündigen Vortrag über die Ziele und Aufgaben, Wesen und Tendenzen des Vereins aussprach. Auf ausdrückliches Verlangen der Versammlung, welche ihrerseits ganz mit den Ausführungen des Redners sich einverstanden erklärte, wird der Vortrag in Druck gelegt. Auch beschloß man, doch noch in diesem Jahre eine Chemnitzer Conferenz, etwa kurz vor Pfingsten oder Himmelfahrt, abzuhalten. Dem Berichte des Vereinsschriftführers Diakonus Ahner war zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl in stetem Wachsen begriffen und von 330 auf 357 gestiegen ist. Jahresberichte wurden 6000 versandt. Die Gesammteinnahme ist von 14,883 Mk. auf 20,604 Mk., also um 5721 Mk. gestiegen. Unter den Gaben befinden sich 6700 Mk. Legate. Von den 72 Unterstützungsnummern des vorjährigen Berichtes kehren 73 wieder. 27 Gesuche sind dazu neu eingegangen, von denen 24 im Plane Berücksichtigung gefunden haben. Die Versammlung trat hierauf in die Berathung der einzelnen zu gewährenden Unterstützungen und bewilligte über 12,000 Mk. in Einzelbeträgen von 10 bis 500 Mk. an eine größere Anzahl Kirchengemeinden, Geistliche, Schulen ꝛc. in der Diaspora in Deutschland, Böhmen, Mähren, Oberösterreich, Ungarn, Schweiz, Rußland, Amerika, Paris und Cardiff. Aus der Mitte der Versammlung wurde sodann dem Vorstande des Vereins der warmste Dank für die unermüdliche Thätigkeit im Dienste des evangelisch-lutherischen Gotteskastens ausgesprochen.

— Polizeibericht. Eine werthvolle goldene Brosche mit Brillanten ist am Sonnabend von dem Hausmädchen Bertha Weise auf der Lüttichaustraße gefunden worden.

— Auf der Leipzigerstraße ging gestern ein vor dem Pflug einer Lokomotive scheugewordenes Pferd durch, jagte durch die Karlsr- und Theresienstraße und wurde erst in der Birkengasse aufgehalten. Bei der Flucht rannte das Pferd mit seinem Wagen an eine Droschke, welche beschädigt wurde, der Kutscher aber fiel vom Wagen und verletzte sich im Gesicht.

— Vorgestern Mittag gingen auf der Marschallstraße die vor einen mit Bauschutt beladenen Wagen gespannten Pferde durch; bei der Steinstraße platzten beide Vorderräder ab und der Wagen fiel auf das Pferdebahngleis, die Pferde kamen aber zum Stehen. Durch herbeigeholte Winden wurde der Wagen wieder gehoben und die Räder angesteckt. (Der Pferdebahnverkehr war insofern gestört, als die Wagen ausgeglist werden mußten, um an dem Hindernißvorbeizukommen.

— Voraussichtlich wird die Flußhofstraße in nächster Zeit mit Pflaster belegt werden, und wird dieselbe deshalb für den an und für sich geringen Wagenverkehr daselbst gesperrt werden.

— In Wurzen wurde gestern Vormittag hinter der Papierfabrik der Leichnam eines Ertrunkenen aufgefunden. Der Verstorbene war gut gekleidet und Mitte der dreißiger Jahre.

— Man schreibt aus Zittau: Nachdem erst vor etwa sieben Wochen die letzten Arbeiter aus Sachsen in ihre Heimath zurückgekehrt sind, treffen jetzt schon wieder seit einigen Tagen große Trupps von Arbeitern aus Oberschlesien und der Provinz Posen in Begleitung zur Weiterreise nach Sachsen ein. Die Zahl der täglich ankommenden Reisenden beträgt etwa 50 oder 60.

Fortsetzung des örtlichen Theiles auf Seite 4 und 9.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. Gegenüber den Mittheilungen über eine schwere Erkrankung des bayrischen Staatsministers Dr. Frhrn. v. Lutz können die „Münchn. Neuest. Nachr." auf Grund directer Information durch den Hausarzt Dr. Stieler Folgendes mittheilen: „Herr v. Lutz erkrankte Mitte Dezember an doppelseitiger Brustfellentzündung und wurde in der Rekonvalescenz derselben von Influenza befallen, an welche sich eine leichte Lungenentzündung und zuletzt noch eine Venenverstopfung (Thrombose) des linken Beines anschloß, welch' letztere bis zur Stunde noch den Patienten abhält, das Bett zu verlassen. Im Uebrigen schreitet die Genesung nach allen Richtungen hin in erfreulichster Weise vorwärts und es ist speziell von einem tieferen Organleiden (Bright'sche Krankheit) keine Rede".

In der Angelegenheit des Herrn v. Carstenn-Lichterfelde ist das Erkenntniß des Kammergerichts, welches Herrn v. Carstenn 6 Proz. von dem Werthe seines dem Staate gegebenen Geschenkes als Jahres-Einnahme zuweist, rechtskräftig geworden, da das Kriegsministerium auf ein weiteres Rechtsmittel verzichtet hat. Nach beendeter Feststellung des Werthes jenes Geschenkes dürften Herrn v. Carstenn demnächst die ersten Früchte seines ein Jahrzehnt ausfüllenden Kampfes zufallen.

Die Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft veröffentlicht einen Auszug aus den Lohnlisten der neun zu dieser Gesellschaft gehörigen Zechen, in dem eingehend die Verdienste der Kohlenhauer bei achtstündiger Schicht während der letzten zwei Jahre nachgewiesen werden. Aus dem Vergleiche der direkt aus den Lohnlisten entnommenen Zahlen ergiebt sich eine Steigerung des Verdienstes der einzelnen Hauer während der letzten beiden Jahre um durchschnittlich 40,22 Prozent, d. h. also für den einzelnen Mann um nahezu 400 Mk. im Jahre. Das hat umsomehr zu bedeuten, als diese neun Zechen zur Zeit ein Zehntel der gesammten Förderung aller Zechen des Ruhr-Reviers darstellen und als auch die übrigen Arbeiter dieser Zechen in ähnlichem Verhältnisse Lohnsteigerungen erfahren haben. Die zweite Zusammenstellung zeigt demgegenüber die durchschnittlichen Kohlenverkaufspreise für die Tonne Kohlen auf den neun Zechen während der letzten zwei Jahre. Sie ergiebt, daß, während die Löhne für die Schicht in dieser Zeit um 40 Proz. in die Höhe gegangen, der Erlös durchschnittlich nur um 25 Proz. gestiegen ist.

Die höchst erfreuliche Thatsache, daß von den fünfzehn elsaß-lothringischen Abgeordneten nicht weniger als vier Gegner der französischen Protestpartei sind, wird allem Anschein nach in Frankreich nie bekannt werden. Wenigstens geberden sich die Pariser Blätter, als ob die Protestpartei in den Reichslanden einen glän-